

Positionspapier :

Jusos des Unterbezirk Bremen Stadt

Bremen gehört zu den Bundesländer, die stark verschuldet sind. – Um sowohl die Neuverschuldung zu begrenzen als auch die angehäuften Schuldenlast zu reduzieren, wurde die Schuldenbremse eingeführt. Im Zuge dieser Maßnahme muss an allen Ecken und Enden eingespart werden. Derzeit zeichnet sich auch für das kommende Schuljahr ein erneuter Engpass an Lehrer_innenstellen ab. Daraus folgt eine zwangsläufige Reduzierung der Stundenzahl.

Die Bremer Politik hat sich bereits gute Ziele gesetzt. Dabei ist das Konzept der Inklusion zu nennen sowie die Ganztagschulen. Wenn aber keine finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um die Konzepte zu realisieren, kann dies zum Scheitern der Projekte führen und damit nicht nur den Bremer Schüler_innen sondern der Idee alternativer Bildungskonzepte insgesamt Schaden zufügen. Schuldenabbau auf Kosten der Bildungsangebote ist für uns der falsche Weg.

Wir, die Jusos des Unterbezirk Bremen-Stadt, fordern daher, dass an der Bildung nicht gespart werden darf.

Investitionen in Bildung schaffen Gerechtigkeit!

Durch eine ausfinanzierte Bildung wird nicht nur gleichberechtigtes Lernen geschaffen, sondern auch eine gerechte Zukunft. Ohne eine gute (Aus-)Bildung sinken die Chancen auf einen guten Arbeitsplatz. Dies wirkt sich natürlich nicht nur auf die individuelle Ebene positiv aus, sondern auch auf die staatliche Ebene. Doch nur durch Bildungsangebote für alle kann auch die Zukunft gesichert werden.

Unsere Forderung ist **eine Schule für alle!**

Wir wollen nicht, dass Bildung abhängig ist von der sozialen Herkunft der Kinder. Wir fordern eine Schule für alle und damit auch die vollständige Integration der Gymnasien in die Oberschulen. Eine Schule für alle gewährleistet ein gleichberechtigtes Lernen, aber auch ein gemeinsames Lernen unabhängig von sozialer und regionaler Herkunft.

Eine Schule für alle bedeutet aber auch keine Privatisierung: Bildungsinstitutionen müssen für alle zugänglich sein und müssen unabhängig sein von den Vorstellungen privater Geldgeber_innen. Die Bildungspolitik darf nicht in die Hand privater Unternehmen fallen.

Bildung muss von einer demokratischen Gesellschaft aus dem Geldbeutel des Staates finanziert und organisiert werden und darf nicht wirtschaftlich (oder auch nicht religiös) vereinnahmt sein!

In einer Schule für alle muss Inklusion weiter vorangebracht werden! Bremen hat sich schon das richtige Ziel gesetzt, aber nun müssen Taten folgen! Das bedeutet, dass mehr Stellen geschaffen werden müssen für Lehrkräfte, Sonderpädagog_innen, ~~Sozial~~ Schulpsycholog_innen und Sozialarbeiter_innen. Konkret: Das Verhältnis zwischen den Schüler_innenzahlen der einzelnen Schulen und den Zahlen des Betreuungs- und Lehrpersonals muss stimmen. Um Inklusion umsetzen zu können, müssen auch bauliche Maßnahmen wie offene Gestaltung der Unterrichtsräume, barrierefreier Zugang zu Schulgebäuden und auch Sanierungen (oder Austausch) von alten Schulgebäuden durchgeführt werden.

Es muss ein kindergerechter Lebensraum geschaffen werden, um Lernen zu ermöglichen.

Eine Schule für alle muss auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellen! Nicht alle Eltern haben einen Halbtagsjob oder können eine Betreuung für ihre Kinder finanzieren und gewährleisten. Ein Ausbau der Ganztagschulen ist dringend erforderlich. Das Projekt Ganztagschulen muss mit Aufstockung der Stunden einhergehen. Ohne eine ausreichende Anzahl an Stunden kann kein breites Angebot, wie AGs oder andere Formen von Nachmittagsunterricht, geschaffen werden.

Das Modell Ganztagschule ist eine Möglichkeit von mehr Förderung für die Schüler_innen.

Eine Schule für alle muss Raum geben für individuelle Förderung aller Schüler_innen! Durch den Verlust von Lehrstellen, wächst die Belastung für alle betroffenen Lehrer_innen. Dies bedeutet, dass ein individuell gerechter und fördernder Unterricht nicht umsetzbar ist. Die Idee der individuellen Förderung kann nur dann zu einer guten (Aus-) Bildung führen, wenn Lehrmaterialien, Personal und Zeit in ausreichender Form gegeben sind.

Selbstständiges Lernen in Gruppen und Projektarbeiten und Unterrichtsevaluation kann den Unterricht bereichern und muss deshalb möglich gemacht werden.

Aber individuelle Förderung bedeutet auch kostenlose Angebote für Nachhilfe, Sprachentwicklung und weiteres anzubieten.

Nur durch eine Förderung jeder_s Einzelnen kann ein gleichberechtigtes, antidiskriminierendes und gemeinsames Lernen ermöglicht werden.

Eine Schule für alle bedeutet auch Mitbestimmung im Schulalltag!

Eine Schule wird nicht nur durch gute Förderkonzepte und durch das Betreuungs- und Lehrpersonal getragen. Eine Schule wird durch die Schüler_innen, ihre Ideen und Vorstellungen und vor allem durch ihr Engagement bereichert. In einer Schule für alle muss es möglich sein, an den Entscheidungsprozessen der Schulentwicklung teilzuhaben, die eigenen Vorstellungen mit einzubringen und den Schulalltag aktiv mitzugestalten. Wir fordern auch an Schulen mehr Demokratie und Teilhabe.

Für eine Schule für alle darf nicht an Finanzierungsmitteln für die Bremer Schulen gespart werden!